„Der Courier"
ist die führende deutsche Zeitung Canadas.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende 16 seitige Ausgabe beträgt jährlich nur $1.00 bei Vorausbezahlung.
Der Bezugspreis für das an jedem Sonnabend erscheinende „Extrablatt" beträgt jährlich $1.00 nur gegen Vorausbezahlung.
Man schreibe an den „Courier", P. O. Box 505, Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835 Halifax Straße, Regina.
Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.
Anzeigen haben den größten Erfolg.
Nachweislich 19,234 Leser!
Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der Deutsch-Canadier

"The Courier"
is the leading German paper in Canada.
Subscription price for the regular 16 page issue appearing every Wednesday $1.00 yearly in advance only.
Subscription price for the Saturday special issue "Extrablatt" $1.00 yearly in advance.
Address: "The Courier", P. O. Box 505, Regina, Sask., or call at our office and printing plant 1835 Halifax St., Regina.
"Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.
Certain farmers are prosperous and patrons as enterprise flagging persist. You want this trade. Advertise in "The Courier."
10,234 subscribers.
Advertising rates on application.

8. Jahrgang | Regina, Saskatchewan, Mittwoch den 9. Juni 1915 | Nummer 32

Provinzialparlament

Eine wichtige Aenderung im Städte-Gesetz, die von der Legislatur vorgenommen wurde, besteht darin, daß in Städten die Frauen bezüglich des munizipalen Wahlrechtes mit den Männern auf gleiche Stufe gestellt werden. Die neue Bestimmung lautet: Personen, die qualifiziert sind, bei Munizipalwahlen ihre Stimme abzugeben, sollen sein: Männer und Frauen von 21 Jahren an, deren Namen in der letzten revidierten Wählerliste der Stadt erscheinen.

Früher lautete diese Klausel: „Männer, unverheiratete Frauen und Witwen."

In Beantwortung einer Frage bezüglich Verlängerung des „Long distance"-Telephons nach neuen und noch schwach bevölkerten Teilen der Provinz, erklärte Hon. George Bell, daß die Regierung in gewissen Fällen, in denen diese Verlängerung augenblicklich nicht vorgenommen werden könnte, von den Eisenbahngesellschaften die Einwilligung zu erhalten suche, Telephondrähte an den Pfosten der Eisenbahnen anbringen zu dürfen.

Premier spricht über Spirituosenhandel.

Am Donnerstag letzter Woche erhielt das neue Gesetz, in welchem die Regierung von Saskatchewan seine Vorschläge betreffs Regulierung des Spirituosenverkaufes zusammenfaßt, seine zweite Lesung.

Bei dieser Gelegenheit erklärte Premierminister Walter Scott nochmals in ausführlicher Rede die geplanten Maßnahmen.

Am Anfang seiner Rede wies der Premier darauf hin, daß die Frage des Spirituosenhandels von so hoher Wichtigkeit ist, daß man sich in der ganzen Welt mit ihr beschäftigte. Ueberall suche man eine Lösung zu finden, und arbeite auf Reformen hin. In den Vereinigten Staaten habe man bereits in 19 Staaten die Bar abgeschafft, und es wären Anzeichen vorhanden, daß dort eine der großen politischen Parteien die Temperenzbewegung in ihre Plattform aufnehmen werde.

In England habe die Regierung Schritte ergriffen, um den Spirituosenhandel in denjenigen Distrikten zu kontrollieren, in welchen ungenügende Arbeitsleistung dem Lande zu einer tatsächlichen Gefahr werde. Lloyd George habe erklärt, daß nur die zwingendste Notwendigkeit die Regierung zu einem solchen Schritt getrieben habe. Fast jedes Land habe Maßnahmen ergriffen, um den Spirituosenhandel entweder zu beseitigen oder unter strikteste Kontrolle zu bringen.

„Der Hauptpunkt in dieser Bill ist die vollständige Beseitigung des Retail-Handels, welche die Regierung als unbedingt notwendig für ihre Vorschläge erachtet. Dieser Schritt ist wichtiger als alle anderen Einzelheiten dieses Gesetzes zusammen genommen. Und wer ernstlich Temperenz wünscht, kann nicht gegen diese Maßnahme opponieren.

„Der nächstwichtigste Punkt besteht darin, daß keine Entschädigung irgendwelcher Art in Vorschlag gebracht wird. Der Standpunkt der Regierung bezüglich Entschädigung der Lizensinhaber ist bereits früher vollständig klar gelegt worden. Entschädigung für andere Parteien, welche die Bedürfnisse für den Speisesaal geliefert haben, ist ernstlich erwogen worden, und es ist eine große Enttäuschung für mich, daß es unmöglich ist, diese Leute zu entschädigen.

Ein weiterer Hauptpunkt ist der Vorschlag, alle Privatinteressen aus dem Spirituosenhandel auszuscheiden. Die Folge davon wird sein, daß es keine organisierten Alkoholinteressen in der Provinz geben wird, wenn die Frage dem Volke zur Entscheidung vorgelegt werden wird."

„Bezüglich der Absicht der Hotelleute, ihre Häuser am 1. Juli zu schließen, erklärte der Premier, daß sich die Hotelleute dadurch selbst den Todesstoß geben würden. Aus den Hotels würde die Regierung keine Einkünfte mehr ziehen können, aber trotzdem werde man sie auch fernerhin in striktester Weise überwachen. Das Amt der Ueberwachung werde in den Händen eines „Direktor of Public Accommodation" liegen. Das Ausstellen von Lizensen usw. werde den Munizipalitäten überlassen, und die Councils würden die Machtbefugnis erhalten, Ruhe- und Lesezimmer einzurichten und Uebereinkommen mit der Behörde für Reise-Bibliotheken betreffs Lieferung von Büchern für diese Zimmer zu treffen. Die Regierung sorge in dem Hotel-Gesetz für Unterstützung der Munizipalitäten in diesen Unternehmungen.

Anstatt einen großen Gewinn aus dem Spirituosengeschäft zu ziehen, werde die Regierung eine von Jahr zu Jahr größer werdende Abnahme an Einkünften haben, bis dieselbe nach ein paar Jahren ganz aufhören werde. Die Lizensen hätten der Regierung jährlich $300,000 eingebracht. Auf Grund des neuen Gesetzes würden nur $250,000 von dem Reingewinn der Spirituosen-Verkaufsstellen der Regierung an die Provinzialkasse abgeliefert, was einen Verlust von $50,000 bedeute. Und in jedem folgenden Jahr werde der Betrag abermals um $50,000 herabgesetzt.

„Es handelt sich nicht darum, zwischen Regierungs-Verkaufsstellen und Prohibition zu wählen. Es handelt sich um staatliche und private Verkaufsstellen.

„Manche Leute sagen, es bestehe die Gefahr, daß sich Politik in ein Regierungs-System einschleichen könne. Es besteht allerdings eine Gefahr. Besteht sie aber etwa nicht, wenn sich das Geschäft in Privathänden befindet? Leute, welche diesem Punkt die größte Beachtung geschenkt haben, und deren Ansicht ebenso schwer ins Gewicht fällt, wie irgendeiner andere, die Damen und Herren der Temperenz- und Moral-Reformbewegung, welche das Hundert-Komitee repräsentiert, haben ihrer Ansicht bestimmten Ausdruck verliehen. Nach Bekanntgabe der Regierungs-Politik hielt das Komitee eine Versammlung ab, und der Präsident stellte folgende Frage an dasselbe: Denken Sie, daß der Vorschlag der Regierung, den Spirituosen-Kleinverkauf zu übernehmen, der beste, augenblicklich Ausweg ist? Die Antwort darauf war „Ja", und ich bin informiert worden, daß diese Antwort fast einstimmig erfolgte."

Der Premier wies dann darauf hin, daß durch das neue Gesetz das Traktiersystem verschwinden werde. Am 1. Juli würden 22—23 Regierungsverkaufsstellen eingerichtet, in denen man ungefälschte Spirituosen zu festen Preisen erhalten könne, jedoch könne man in diesen Verkaufsstellen selbst nichts trinken. Es hänge ganz vom Volke ab, wieviele Verkaufsstellen eröffnet werden sollen. Die Provinz werde in 67 Distrikte eingeteilt, von denen die Mehrzahl eine Verkaufsstelle erhalten würde, wenn es das Volk wünsche. Er sei überzeugt, daß niemals zur selben Zeit mehr als 45 oder 50 Verkaufsstellen in Betrieb sein würden.

Hon. Scott erklärte sodann, auf welche Weise die Abstimmung vor sich gehen soll, durch welche bestimmt wird, ob ein Distrikt eine Verkaufsstelle erhalten soll oder nicht. Nach dem Krieg werde das Volk darüber abstimmen, ob die Hotels wieder Schankkizensien erhalten sollen oder nicht. Im Jahre 1919 solle darüber entschieden werden, ob die Regierungs-Verkaufsstellen noch weiter beibehalten werden sollen. Darüber habe die Regierung entschieden, ohne daß sie von 25 Prozent der Wähler darum ersucht wurde.

Der Kommissar würde vollständig unabhängig sein und bei der Ernennung seiner Beamten vollständig freie Hand haben. Bezüglich der Bemerkung des Führers der Opposition, Herrn Willoughby, daß die Regierung beabsichtige Einnahmen aus den Verkaufsstellen erwarte, erklärte Hon. Scott, daß Herr Willoughby nicht allein der Ansicht war, daß die Regierung es auf die Einnahmen abgesehen habe. Durch das Verkaufsstellen-System werde die Provinz nicht einen Cent Einkünfte haben. Das erste Jahr werde sogar einen Verlust von $50,000 aufweisen.

Bezüglich der Bestimmungen über den Verkauf von Spirituosen durch die Drogisten sagte der Premier, daß letztere zu ihrem eigenen Schutz selbst um strikte Maßnahmen ersucht hätten.

Auch erwähnte Hon. Scott den Bericht der Kommission, die nach dem Staate Süd Carolina geschickt worden war, um das dort bestehende Spirituosen-Verkaufssystem einem eingehenden Studium zu unterziehen. Das dortige System habe sich solange gut bewährt, als eine genaue Durchführung der dafür in Betracht kommenden Gesetze gehalten worden sei. Sobald auf Einhaltung der Gesetze nicht mehr gedrungen wurde, hätten sich „Graft" und Politik in das System eingeschlichen. Derartige Zustände könnten in der Provinz Saskatchewan nicht aufkommen.

Man habe behauptet, die Regierung habe nicht die Machtbefugnis, derartige Maßnahmen zu ergreifen, desgleichen auch nicht die Legislatur. Tatsache ist, daß keine Maßnahme bisher so große Unterstützung seitens des Volkes gefunden habe, wie die jetzt von der Regierung in Vorschlag gebrachte. Selbst konservative Vereinigungen hätten der Regierung ihre Unterstützung zugesagt. Seiner Ansicht nach, seien wenigstens 75 Prozent derjenigen, welche die Petition der Liquor-Leute unterschrieben haben, zu Gunsten des geplanten Gesetzes. Jeder Einzelne habe der Regierung ein Mandat gegeben, und einer der ersten wäre der Führer der Opposition gewesen. Herr Willoughby habe sich dahin geäußert, daß die Regierung als eine Kriegsmaßnahme die Bars um 6 Uhr Abends schließen solle. Die Regierung würde sogar berechtigt sein, in dieser Beziehung weiter zu gehen, und sie tue es auch indem sie die Bars schließe.

Herr Willoughby: „Für die Dauer des Krieges."

Hon. Scott: „Der Führer der Opposition erklärte, daß das vom „Battleship Fund" ausgezahlte Geld an der Bar verausgabt werde. Wenn die Frauen und Kinder der Soldaten durch die Bars beraubt werden, dann ist es sicher höchste Zeit, daß die Bars beseitigt werden. Der Führer der Opposition äußerte sich dahin, daß die Regierung berechtigt wäre, die Bars zu schließen, und daß das eine anerkennenswerte Maßnahme sein würde. Wenn die Regierung sogar berechtigt sein würde, die Bars zu schließen, ohne zuvor die Legislatur einzuberufen, dann liegt sicher nichts Undemokratisches und Unwünschenswertes in unserem jetzigen Handeln."

Bezüglich der „permanenten Politik" der Konservativen, von der Herr Willoughby gesprochen, erklärte Hon. Scott, daß seine Regierung nur eine Politik habe und nicht eine ganze Anzahl für verschiedene Gelegenheiten, eine öffentliche und eine private, eine temporäre und eine permanente. „Ich bin nicht überrascht, daß die Temperenzleute die Politik dieser Regierung befürworten. Auf Grund unserer Politik wird eine unbeeinträchtigte Wahl des Volkes in 1919 stattfinden. Unter der Politik der Opposition würden starke Liquor-Interessen für die Beibehaltung der lizensierten Bar kämpfen."

Der Premier verlas eine Anzahl Schreiben von den Polizeichefs verschiedener Städte und Dörfer, in welchen dieselben erklären, daß durch das zeitigere Schließen der Bars bereits weniger Trunkenheit zu bemerken sei.

König Georg, der am Donnerstag 50 Jahre alt geworden ist

Ein Appell

Manchester, England, 3. Juni. — David Lloyd George, der neue britische Munitionsminister, hielt hier heute Abend vor Arbeitgebern und Arbeitern den ersten einer Reihe von Vorträgen, mit denen er der Munitionsergänzung auf dem Kriegsschauplatz auf die Beine zu helfen gedenkt. Redner versicherte, daß der Sieg der Deutschen in Galizien ausschließlich auf die überwältigende Ueberlegenheit ihrer Kriegsausrüstung zurückzuführen sei. Wären die Alliierten im Westen gleich gut ausgerüstet, dann hätten sie die Deutschen längst aus Frankreich und Belgien vertrieben.

„Ich komme", sagte Herr Lloyd George unter anderem, „als Abgesandter der Regierung, um Ihnen die wichtigste Botschaft zu überbringen, die jemals einer Zuhörerschaft in Manchester vermittelt wurde. Unser Land kämpft um sein Leben; es kämpft für die Freiheit Europas, und von dem, was es tut, was es zu opfern bereit ist, hängt der Ausgang des Ringens ab. Mehr als von irgendeiner anderen Klasse des Gemeinweisens hängt es von den Männern d. Werkstätten führen ab, ob England aus diesem gigantischen Ringen geschlagen, erniedrigt, seiner Macht, seiner Ehre und seines Einflusses beraubt, als Sklave grausamer, militärischer Tyrannen hervorgehen wird, oder triumphierend, frei und mächtiger, als bisher in seinem veredelnden Einfluß auf die Menschheit.

„Ich bin hierher gekommen, um Ihnen die Wahrheit zu sagen. Denn wenn Sie die Wahrheit nicht kennen, kann man von Ihnen kein Opfer erwarten. Unsere russischen Alliierten haben eine schwere Niederlage erlitten. Die Deutschen haben einen großen Erfolg errungen, der aber nicht auf die Tapferkeit ihrer Soldaten oder die Strategie ihrer Feldherren zurückzuführen ist. Der deutsche Triumph erklärt sich einzig und allein aus der überlegenen Ausrüstung unserer Feinde, aus ihrer Ueberlegenheit an Munition. Sie gewannen die Schlacht, weil sie aus ihren hochentwickelten Industrien Nutzen zu ziehen vermochten, und ganz besonders aus der überlegenen Organisation ihrer Werkstätten.

„Hochbundertausend Geschosse wurden „in einer einzigen Stunde auf die Köpfe der tapferen Russen konzentriert" Wäre mir anläßlich unserer Front die Deutschen gegenüber den gleichen Prozeß in Anwendung bringen können, dann wäre unser Feind längst aus Frankreich heraus und halbwegs über die verwüsteten Ebenen von Flandern zurückgetrieben. Sie wären heute heinah heraus aus dem Lande, daß sie mit niederträchtiger Grausamkeit geflohrt und gemartert haben. Mehr als das! Es wäre uns vielleicht längst gelungen, in Deutschland einzudringen!"

Redner versicherte am Schluß, daß die britische Heeresleitung an Menschenmaterial keinen Mangel leide. Nur an der Ausrüstung und der Munition fehle es.

Rumänien verlangt hohen Preis

London. — Das Gerücht, daß Rumänien schon bereit sei, auf der Seite der Alliierten in den Krieg einzugreifen, wird durch eine heute von Rom eingetroffene Depesche widerlegt. Die Regierung von Bukarest verlangt für ihre Hilfe gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland, daß Bessarabien von Rußland an Rumänien zurückgegeben wird. Der König von Italien soll angeblich seine Vermittlung angeboten haben, um eine Einigung zwischen St. Petersburg und Bukarest herbeizuführen und zu verhindern, daß Rumänien sich am Ende auf die Seite Oesterreichs und Deutschlands stellt.

Vollständiger Ausverkauf von Weinen und Likören

Julius Müller

Das Wein- und Likörhaus, in dem Qualität unbeschränkt das Szepter führt

Da wir am ersten Juli unser Geschäft aufgeben, müssen wir unser großes und gut assortiertes Lager der feinsten Weine und Liköre zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen vollständig ausverkaufen.

Julius Müller
Regina, Sask.
Toronto Straße und Zehnte Avenue
Telephon 4525
Das Haus der Qualität

Telegraphische Nachrichten

über Kriegsereignisse aus London, Paris, St. Petersburg, Rom, Konstantinopel, Wien und Berlin

Freitag, 4. Juni.

Französischer Tagesbericht.

Paris, 3. Juni. — Das Kriegshauptquartier veröffentlicht heute folgendes Bulletin über die Kampfhandlungen an der Front:

„In der Gegend nördlich von Arras wurden die Artilleriekämpfe fortgesetzt. Oestlich von Lorette kam es zu heftigen Infanteriekämpfen, doch wurden weder unsere Stellungen, noch die des Feindes geschädigt. Die Kämpfe im „Labyrinth" wurden fortgesetzt und mit gutem Erfolge für uns.

„Im „Labyrinth" machten wir seit dem 23. Mai 800 Gefangene, darunter 9 Offiziere und 40 Unteroffiziere. Wir erbeuteten ferner 2 Maschinengewehre."

Eisenbahn nach dem Ozeanert.

Petersburg, 3. Juni. — Der Ministerrat bewilligte heute für den Bau einer Eisenbahn von Kotlanlaste in der Provinz Archangel, über die Halbinsel Kola nach dem Hafenort Kola am Eismeer die Summe von 17 Millionen Rubeln ($8,500,000).

Die Hafenstadt Archangel, in 2000 Meilen südlich vom Kola gelegen.

In Flammen.

Berlin, 3. Juni. — Meldungen von der galizischen Front bezüglich der Flucht der Russen am Dniester bestätigen, daß die Horden über 20 Petroleumquellen zerstörten, und zwar in dem Borislaw- und Drohobycz-Distrikt, westlich von Stry. Obwohl es den deutschen und österreichisch-ung. Truppen gelang, die Flammen unter Kontrolle zu bringen, so ist doch die ganze Gegend in Rauch gehüllt.

In Rom.

Rom, 3. Juni. — „Wir greifen in diesen Krieg, den größten Krieg aller Zeiten, ein, um die Ziele Italiens zu erreichen und das höchste und notwendigste, das unser Vaterland sich gesteckt hat, zu erreichen", begann Premier Salandra heute eine Ansprache an eine Versammlung, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Mittel und Wege zur Linderung der Not der daheimgebliebenen Frauen und Kinder zu schaffen. Er fuhr dann fort: „Der Krieg erfordert nicht allein Denken, daß den Kampfplatz gehen, Pflichten auf sich nehmen, sondern auch den Zurückgebliebenen. Ihre Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß das ökonomische Leben seinen Fortgang nimmt. Nicht allein ist es eines Erfordernis, daß alle Italiener von der Gerechtigkeit unserer Sache überzeugt sind, sie dürfen auch keine materiellen Opfer scheuen, sondern müssen ohne Murren pekuniären Beistand leisten, wenn immer ein solcher Appell an sie ergeht."

Deutscher Transportdampfer torpediert.

London, 3. Juni. — Ein britisches Unterseeboot torpedierte heute morgen im Marmorameer, in der Panderma Bucht, einen deutschen Transportdampfer. Diese Meldung erfolgte amtlich, nachdem sie vom Vizeadmiral der Dardanellenflotte eingetroffen war.

Im Hafen von Triest.

Genf, 3. Juni. — Hier eingetroffene Zeitungsdepeschen besagen, daß gestern Morgen zwei italienische Torpedobootzerstörer in d. Bucht von Triest eintrafen, zwei griechische Handelsschiffe zerstörten und einen österreichischen Hilfskreuzer beschädigten.

Berliner Bericht.

Berlin, 3. Juni. — Das Große Hauptquartier veröffentlicht heute nachstehenden Tagesbericht:

„Bei dem Dorfe Hooge, östl. Ailmenow von Ypern entfernt, entwickelte sich eine Schlacht, die für uns einen günstigen Verlauf nahm. Der Ort war von französischen Truppen stark besetzt und bewehrt.

„Wir sahen uns gestern genötigt, den Turm der Kirche St. Martin in Ypern zu zerstören, da die feindliche Artillerie sich dieselben für Beobachtungszwecke nutzbar machte.

„Die Kämpfe in dem Dreieck von Prasnes und weiter jetzt fortgesetzt. An der Souchez-Neuville-Front, sowie südlich von unternahmen die Franzosen wiederholt Angriffe gegen unsere Stellungen an verschiedenen Punkten kam es zu Handgemengen. Der Feind erlitt überall schwere Verluste, ohne auch nur den geringsten Vorteil zu erringen. Der Kampf um den Besitz der Zuckerfabrik dauert an.

„Die Schlachten in Preußen werden fortgesetzt.

„In den Vogesen warfen unsere Flugzeuge Bomben auf die Hauptbahnhofanlagen und die Eisenbahnanlagen in Remiremont, sowie auf das Feldlager bei Hohnes bei. An der Fecht, bei Metzeral, kam es zu vereinzelten Nachtgefechten leichteren Stils.

Amsterdam, 3. Juni. — Die „Telegraaf" bringt die Meldung, daß ein Komiteeausschuß der Nationalliberalen Partei im Verlaufe einer in Berlin abgehaltenen Sitzung erklärte, daß Plan befürworte, daß Belgien von den im Westen siegreichen Deutschen im Besitz behalte, als im Interesse der Sicherheit des Kaiserreiches zu Lande und zur See geboten sei. Dieses Gebiet müsse „politisch, militärisch und wirtschaftlich" annektiert werden.

In Paris dagegen wurde die Erklärung, es ausgeschlossen, daß irgendwelche Gebiete annektiert werden, lebhaft Deutschland freundlich gegenüberstehende Kundgebung aufgefaßt gedeutet und neue Kriegsanleihe erhalten.

Kein Mangel an Siegesmut.

Berlin, 3. Juni. — Als Beweis dafür, daß es in Deutschland nicht an Mut und Siegeswillen gebricht, mag der Umstand dienen, daß die Staatsanleihe vom 7. Juni an in Groß-Berlin zeichnungsmäßig gleichzeitig mit der Bank- und Sparkassen Stadtanleihe gestellt.

Ausgaben der Reichshauptstadt.

Berlin, 3. Juni. — Der jüngste Kassenbericht der Reichshauptstadt Berlin: Ausgabe: 1,000,000 Mark, Zinsen, Einnahme: 945,000,000 Mark, Einnahmen, Einnahme: 1,200,000 Mark, Zinsen, Einnahme: 175,000,000 Mark, Zinsen, Einnahme: 42,000,000 Mark.

Samstag, 5. Juni.

Amerikanische Note an Deutschland.

Washington, 3. Juni. — Die gestern an Deutschland zu richtende Note in Verbindung mit dem „Lusitania"-Fall ist fertiggestellt und wird heute dem Kabinett in seiner regulären Sitzung unterbreitet. Präsident Wilson hat sie selber entworfen. Der ist Dienstag und erstreckt sich auf die verschiedenen Punkte. Die amtliche Frage, die Deutschland vorlegen ist, bedarfen der Zustimmung und nimmt Prüfungen der Ackerbaumaßnahmen mit den in internationalen Beziehungen entgegenkommenden Bestimmungen an nimmt, wird aber endgültig entgegengesetzt. Die Note wird an Deutschland angeboten und in der Billigung der Kabinettsmitglieder erlangt sein.

Bestätigung wird Botschafter von Bernstorff gutes Gewissenszeugnis erstellen. Im die Deutsche Regierung in Berlin über die öffentliche Meinung in Amerika in Kenntnis zu bringen hat, nur allein soll er der Regierung zur Kenntnis bringen, was man hierzulande über den Unterseebootkrieg denkt.

Die neuesten Kriegsnachrichten lauten: Deutschfreundlichen Kreise Unzufriedenheit erzeugt.

Man zweifelt hier nicht daran, daß der Dreibund, zu einem neuen Zweck hervorgerufen wird.

Der russische Gesandte.

New York, 4. Juni. — Es ist bekannt, daß Dr. Meyer-Gerhard, Vertreter des Roten Kreuzes aus Deutschland an der Vereinigten Staaten und Botschaftsrat von Goldenstamm in Berlin, zum deutschen Botschafter Grafen von Bernstorff und der Mission berufen, wurde, die deutsche Regierung über die in diesem Kriege unterbrochene Sammelarbeit des „Roten Kreuzes" Bericht zu erstatten. Er soll bereits gestern auf einem Dampfer der Vereinigten Staaten nach Amerika abgereist sein. Gerüchte, daß Deutschland Kriegsgefangene nach Amerika bringen wird, werden dementiert.

Gerüchte über die russische Botschaft, Engländer, Franzosen und Japaner weilen, daß sie von russischen Schiffen nicht gelandet werden wird, wird sich. Es ist unpolitischer Kürzer zu aber nicht, in nicht, bekannt.

Dampfer Torpediert.

Rotterdam, 4. Juni. — Der britische Dampfer „Indian" wurde heute am vierten Morgen 40 Meilen Westwärts von Lizardpoint von einem deutschen Unterseeboot aus versenkt gedreht. Das Schiff befindet sich auf der Fahrt von New York nach London und Hull, war mit Munition, Kriegsmaterialien an Bord. Die Besatzung wurde von dem unterseeischen Dampfer „Berlin" aufgenommen und hier an Land gebracht.

Mailand, 4. Juni. — Der Dampfer „Jonas" der Dampfschiffahrt, der sich auf der Fahrt von Mittelmeerhafen, Sicilien nach Monrovia befindet, wurde gestern von der Mittelmeerflotte an der Westküste Sardiniens, wo der Dampfer Unterschlupf suchte, der Dampfer Hauptmann der Gesellschaft aber über einige Lebensmittel gefunden wurde. Man und Mannschaften wird an Land gebracht. Die „Jonas" ist Dampfer von 3000 Tonnen, Schiffe Italien Fahrgästen an Bord.

Wiener Bericht.

Wien, 4. Juni, über London. — Das Kriegspressequartier hat heute durch die folgende Kriegsmeldung veröffentlicht:

„Auf dem russischen Kriegsschauplatz Przemysl wurde unlängst das Dorf Jaslo genommen. Die Russen hatten sich dort verschanzt und hatten auf den Höhen Stellungen und Gräben angelegt. Die Russen wurden aus ihren Stellungen vertrieben. Dieser Vorstoß wurde gelungen, nach ein es sich unter so entwickelten Verhältnissen.

„Unternehmungen Kolomea und Stanislau Kampf ist die Armee Mackensen auf den bedeutenden von Mielanow gelegenen Höhen vorwärts.

„Die Armee Dankl hat sich an der unteren Szeto, nördlich der Stadt gleichen Namens zu überschreiten."

Wien, 4. Juni. — Die deutschen und österreichischen Streitkräfte, die die russischen Armee am Dniester durchbrochen, dringen in schnellem Tempo in nördlicher Richtung vorwärts. Es ist den Russen den Feind in der Tat nicht möglich, sich auf den neuen Stellungen ihr neuen Widerstand zu sammeln, und die Russischen scheinen, daß ein solcher Versuch vergeblich sein wird, in eine kritische Situation zu kommen.

General Mackensen hat seinen Vormarsch in östlicher Richtung fort. Eine Gruppe, die sich zum Ziel nach Tal gesetzt, etwa 15 Meilen westlich von Lemberg, stieß einer russischen Schar von der russischen Truppen dar, doch diese Truppen wird sich deshalb als zerstreut erweisen, weil General von Mackensen, der westlich von Mielanow über den Dniester gegangen ist, ohne Zweifel die Verbindungslinien nach Lemberg hin abschneiden wird.

Der Generalstabschef der Verbündeten gegen Lemberg ist angeblich identisch mit dem von Przemysl zur Ausführung gebrachten. Man muß Sorge, verschiedene Truppenkörper gegen die Stadt gesetzt werden.

Sonntag, 6. Juni.

Aus St. Petersburg.

Petersburg, 5. Juni. — Der Fall von Przemysl hat hier allgemeine bewegte Gemüter gesetzt. Man gibt zu, daß die Deutschen einen unerwarteten Sieg gewonnen haben, aber die zuversichtliche Stimmung der Zeitung ist nur den Kreisen der Regierungsbeamten verbunden geblieben worden.

London, 5. Juni. — Aus Berlin kommt über Amsterdam an das Reuterbüro die Nachricht, daß bei dem Angriff russischer Kräfte auf das Hauptquartier der deutschen Kronprinzen mehrere Bomben durch Flugzeuge geworfen wurden. Die Kronprinzen wurden gleichzeitig Bomben auch unterhalb von Pferden.

London, 5. Juni. — Das Befinden des Königs Konstantin von Griechenland hat sich verschlimmert. Eine neue Operation hat stattgefunden.

London, 5. Juni. — Der Dampfer Eine Mann auf Petersinsel, das Fischerdorf Stromness und das Segelschiff Orange und Mary wurden von deutschen Unterseebooten auf dem Meeresgrund gesandt. Die Besatzungen der verlorenen Schiffe wurden gerettet.

London, 5. Juni. — Feindliche Flugzeuge Ostende warfen Bomben auf die Ost- und Südwestküste von Ostende. Die Bomben wurden auf deutsche Boote geschleudert. Der angerichtete Schaden ist nur gering, auch der Verlust an Menschenleben ist minimal.

(Fortsetzung auf Seite 4)